



Dieter Rinker  
Fraktionsvorsitzender  
der Freien Wähler  
im Gemeinderat der  
Stadt O b e r n d o r f a.N.

Oberndorf, den 17.01.23

### **Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2023**

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Damen und Herren,

Bevor ich mich mit dem Hauptthema meiner Rede, dem städtischen Haushaltsplan für 2023 auseinandersetze, möchte ich angesichts des soeben gestarteten neuen Jahres im Namen der Fraktion der Freien Wähler Ihnen allen das Beste für die kommenden Wochen und Monate wünschen. Gerade wenn uns die allgegenwärtige Medienwelt zunehmend mit unzähligen Krisen und Schicksalen dieser Welt konfrontiert, wünschen wir Ihnen, dass Sie wenigstens in Ihrem, beziehungsweise in unserem unmittelbaren Lebensumfeld auf ein selbstbestimmtes, ausgefülltes und behütetes Dasein vertrauen dürfen. Ihr Gemeinderat ist zusammen mit der Stadtverwaltung jedenfalls bemüht seinen Teil beizutragen, indem wir städtisches Handeln grundsätzlich dem Primat des Gemeinwohls und der Daseinsvorsorge unterstellen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hat der Gemeinderat seit November des vergangenen Jahres auf Basis unserer finanziellen Spielräume das vorliegende Planungswerk beschlossen. Mit der heutigen Verabschiedung der städtischen Haushaltspläne, setzt das Gremium den Vollzug darin enthaltener Maßnahmen in Kraft.

Die Aufstellung eines Haushaltsplans ist regelmäßig das Ergebnis der Kunst zu erwartende Finanzmittel mit anstehenden Aufgaben in Einklang zu bringen. Und weil im Gemeinderat sowie in der Verwaltung weder Künstler noch Hellseher sitzen, erwarten die Freien Wähler angesichts unsicherer Prognosen bei der Umsetzung der beschlossenen Vorhaben äußerst turbulente Wochen und Monate. Uns wird einiges an Optimismus und Beharrlichkeit, aber auch ausreichend Flexibilität abverlangt werden. Der Gemeinderat und die Stadtverwaltung müssen sich darauf einstellen, auch kurzfristige Abänderungen und Anpassungen im Rahmen des Vollzugs vorzunehmen. Hintergrund dieser Unwägbarkeiten sind neben latenten wirtschaftlichen Risiken, zwischenzeitlich auch die bedrohlichen Auswirkungen des globalen Klimawandels, als auch der anhaltende Ukraine-Krieg in mitteleuropäischer Nähe. Gerade deshalb wurde auch das Unvorhersehbare in unsere Planungen aufgenommen. Der sogenannte "Worst Case" war bislang selten Gegenstand kommunaler Entscheidungen. Wir sind der Auffassung, dass in äußerst unsicheren Zeiten auch „Worst Case-Szenarien“ zu Planungen der Daseinsvorsorge gehören. Die uns vorliegenden Haushaltspläne haben damit zwangsläufig an Inhalt und Umfang erheblich zugenommen und werden den hierdurch erzeugten Erwartungshaltungen vieler Bürgerinnen und Bürger nicht im vollen Umfang gerecht werden können. Insbesondere gelingt dies dann nicht, wenn nach Beendigung der

Haushaltsvorberatungen dem öffentlichen Druck einer Interessensgruppe nachgeben wird und wider besseres Wissen zusätzliche umfangreiche Investitionsmaßnahmen in die Planungen aufgenommen werden. Sollte infolge der Überzeichnung des Haushalts die Realisierung solcher Vorhaben ausbleiben, mutieren dann selbst gute Gründe zur Ausrede. Die Freien Wähler sind in dieser Beziehung durchaus auch in der Lage Eigenkritik zu üben. Kritik kommt diesbezüglich jedoch auch regelmäßig von der Gemeindeprüfungsanstalt, die permanent die Beachtung des Grundsatzes der Jährlichkeit einfordert, nämlich nur solche Vorhaben in den Planungen aufzunehmen, die auch in angemessener Zeit umgesetzt werden können. Das vergangene Haushaltsjahr war geradezu ein musterhaftes Beispiel dafür, wie schnell augenscheinlich ausgewogene Planungen unvorhergesehen in Turbulenzen geraten können und auf eine harte Probe gestellt werden.

Hierzu ein kurzer Rückblick:

Am 22. Februar 2022 verabschiedete der Gemeinderat einen Haushaltsplan, der infolge abklingender Pandemie und damit verbundener positiver Prognosen auf vermeintlich stabilen Eckdaten aufbaute. Gerade einmal zwei Tage später, am 24. Februar erfolgte die Invasion russischer Truppen auf das ukrainische Staatsgebiet und veränderte damit nicht nur schlagartig die weltpolitische Ordnung, sondern auch die aktuellen und zukünftigen Rahmenbedingungen für städtisches Handeln. Die zeitnah einhergehenden Kostensteigerungen im Bereich des Energiebezugs, bei Rohstoffen, im Baugewerbe oder durch Lieferkettenengpässe, ließen deutliche Zweifel aufkommen, ob die im Haushalt festgelegten Aufgaben erfüllt werden können. Erfreulicherweise zeigten sich die Oberndorfer Gewerbe- und Industrieunternehmen und damit auch der Arbeitsmarkt davon relativ unbeeindruckt. Mit stabil hohen Einnahmen im Bereich der Gewerbe- und Einkommenssteuern konnte der städtische Ergebnishaushalt in 2022 sogar einen leichten Überschuss erzielen. In diesem Zusammenhang sagen die Freien Wähler einen herzlichen Dank an alle Unternehmen im Stadtgebiet, sowie allen dort beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ihr Fleiß und ihr Engagement garantieren uns gerade in Krisenzeiten ein stabiles Gewerbe- und Einkommensteueraufkommen auf hohem Niveau. Erneut bestätigt sich, dass eine gut aufgestellte Gewerbe- und Industriestruktur eine hohe Krisenresistenz besitzt. Die Freien Wähler sehen es auch daher nicht angezeigt die Steuermessbeträge der Gewerbesteuer sowie der Grundsteuer zu erhöhen. Angelehnt an die Erkenntnis, dass eine hohe Widerstandskraft nur durch einen ständigen Abgleich der eigenen Leistungsfähigkeit in Einklang mit einer permanenten Bewertung auftretender Herausforderungen entstehen kann, muss sich auch der Gemeinderat und die Verwaltung aufgrund aktueller Umstände dieser Prüfung unterziehen.

Folgende Fragestellungen ergeben sich dadurch:

- Wo steht das Unternehmen Stadt Oberndorf, genau 330 Tage nach Eintritt eines Krieges in Europa?
- Wie haben sich die Folgen des Konflikts auf unsere Haushalte niedergeschlagen?
- Wie wirken sich die instabilen Verhältnisse beim Energiebezug auf die städtische Infrastruktur aus?

Aber vor allen Dingen:

- Sind die bereits bestehenden Herausforderungen des Klimawandels, der Digitalisierung unserer Einrichtungen, großer Sanierungsvorhaben, der demografischen Veränderungen bei Kita's und Schulen, in der Gesundheitsvorsorge und in der Seniorenbetreuung, unter diesen Umständen finanziell und personell noch beherrschbar?

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich werde nachfolgend versuchen diese Fragestellungen anhand des uns vorliegenden Zahlenwerks aus unserer Sicht zu beantworten. Sie, Herr Bürgermeister Acker, haben zu Beginn Ihrer Haushaltsrede aus Ihrer Sicht auf die Konsequenz hingewiesen, wonach es unter diesen Umständen "ein Weiter so" nicht geben kann. Für die Freien Wähler ist dies die Konsequenz, aber nicht die Lösung. Es muss vielmehr als Pflicht und Auftrag verstanden werden sich gemeinsam diesen Herausforderungen zu stellen, aber auch gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Wir bringen heute einen Kernhaushalt auf den Weg, welcher Einnahmen in einer Größenordnung von 47,45 und Ausgaben in Höhe von 46,79 Mio. Euro ausweist. Diese Konstellation ist mit guten Ergebnissen vergangener Jahre durchaus vergleichbar. Doch gerade im Gegensatz zu vorausgegangenen Haushalten sind die Risiken, sowohl bei den Einnahmen, als auch bei den Ausgaben deutlich gestiegen. Allein im Bereich der Heiz- und Stromkosten rechnen wir mit ca. 1 Mio. Euro höheren Ausgaben. Zusätzlich müssen

Betriebseinrichtungen mit hohem Aufwand auf ein nunmehr verändertes Angebot an Energieträgern angepasst werden. Wir sind darüber natürlich nicht erfreut. Zufriedenheit kommt dennoch ein wenig auf, wenn die jahrelangen Anstrengungen beim umweltgerechten Betrieb städtischer Einrichtungen wahrscheinlich deutlich höhere Kosten verhindert haben. Vor allen Dingen steht uns hierzu seit geraumer Zeit kompetentes Personal zur Verfügung. Unmittelbar haushaltswirksame Aufwendungen im Bereich der Unterbringung von zusätzlichen Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine, erwarten wir angesichts der Finanzierung durch den Kreis bzw. dem Land derzeit nicht. Die Folgen werden sich zukünftig jedoch in Form reduzierter Zuweisungen von Bund und Land niederschlagen. Die notwendige Bereithaltung von ausreichend und jederzeit beziehbarem Wohnraum wirkt sich hingegen negativ aus, weil der damit verpflichtende Leerstand städtischer Immobilien jeglicher häuslicher Vernunft zuwiderläuft. Das städtische Personal mit Betreuungs- und Integrationsaufgaben ist jedenfalls im vollen Umfang eingebunden. Zusätzlich kann die Stadt auf das hohe Engagement ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger zurückgreifen. Herzlichen Dank dafür. Obwohl die Aufgaben innerhalb der Stadtverwaltung weiter zugenommen haben, wurde in 2023 auf eine Stellenmehrung im Personalhaushalt nahezu verzichtet. Dass dennoch mit Kostensteigerungen um mehr als 1,2 Millionen Euro auf insgesamt 13,2 Mio. gerechnet werden muss, liegen Prognosen zugrunde, wonach in den anstehenden Tarifrunden Forderungen in einer Größenordnung zwischen 6 bis 10 % erhoben werden.

Die Freien Wähler kritisieren einen Einkommenszuwachs für städtisch Beschäftigte keineswegs. Wer gute Arbeit leistet - dies wird unsererseits auch regelmäßig so wahrgenommen - sollte gerade in inflationären Zeiten auch an tariflichen Erhöhungen angemessen beteiligt werden. Angesichts einer stagnierenden Personalentwicklung erwarten die Freien Wähler dann aber auch eine beschleunigte Umstellung und damit personalschonende Erhöhung digitaler Verwaltungsleistungen. Auch mit der zeitnahen Einrichtung einer zentralen Servicestelle im Rathaus, versprechen sich die Freien Wähler, neben einem bürgerfreundlichen Angebot, auch eine höhere Effizienz und damit auch die entsprechende Entlastung des Personals. Die Freien Wähler sehen auch zusätzliche Optimierungsmöglichkeiten im städtischen Betrieb durch eine externe Betrachtung und Bewertung von Verfahrensprozessen. Was in der freien Wirtschaft standardisiert Anwendung findet, sollte in einem modernen Verwaltungsapparat ebenso Einzug halten. Leider kommt uns der Gesetzgeber hier nicht entgegen. Die in absehbarer Zeit verpflichtende Erhebung und Abführung von Umsatzsteuern für gebührenpflichtige Leistungen, wird sich in einen deutlich höheren Personalbedarf niederschlagen. Dies torpediert alle Anstrengungen des wirtschaftlichen Haushaltens. Dies schützt auch in keiner Weise den freien Wettbewerb. Es verursacht lediglich zusätzliche Aufwendungen, die dann letztendlich jeder Bürger und jede Bürgerin bezahlt. Die unstrittig erforderliche Steigerung digitaler Serviceleistungen erfordern im Umkehrschluss dann auch eine Erweiterung der IT-Struktur mit zeitgemäßen und sicheren Hard- und Softwareprodukten. Diese Anschaffungen schlagen im Haushalt insgesamt mit ca. 800.000 Euro zu Buche.

Nicht nur der Ukrainekrieg, sondern auch die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels erfordern es, sich auch in Oberndorf auf existenz- und lebensbedrohende Situationen vorzubereiten. Die Folgen kompletter Stromausfälle, von Starkregenereignissen oder großen Stürmen, waren selten Gegenstand eines Haushaltsplans. Mit einer bereits länger zurückliegenden Anschaffung eines Notstromaggregats zur Aufrechterhaltung der Wasserversorgung und aktuell einer umfassenden Ausstattung einiger Sport- und Mehrzweckhallen mit Notstromaggregaten, werden mit einem Mittelaufwand in Höhe von 360.000 Euro die ersten Schritte zur Herstellung einer Energie- und Ressourcensicherheit eingeleitet. Die begleitende Erstellung eines umfassenden Krisenhandbuchs wurde durch die Stadtverwaltung mit hohem Engagement angegangen und fertiggestellt. Im nächsten Verfahrensschritt wird es darauf ankommen, der Bevölkerung die essentiellen Inhalte dieser Handlungsanweisungen zugänglich und verständlich zu machen.

Die schnellste und effektivste Gefahrenabwehr wird nach wie vor von den städtischen Feuerwehreinheiten wahrgenommen. Die von den Freien Wähler initiierte Strukturkommission hat sich zur Sicherung und Optimierung der Feuerwehrstruktur bereits einen umfassenden Überblick verschafft, um in den kommenden Jahren bereits vorbereitete Maßnahmen zeitnah durch den Gemeinderat zu beschließen und in Vollzug zu setzen. Die soeben beschriebenen Herausforderungen

sind grundsätzlich durch selbstbestimmtes Handeln von Gemeinderat und Verwaltung beeinflussbar. Aus Sicht der Freien Wähler wird hingegen die mit der Doppik zwingend verpflichtende Erwirtschaftung von Abschreibungen des immateriellen und materiellen Vermögens unserer Stadt zu einem unkalkulierbaren Risiko kommender Jahre. Allein in diesem Haushaltsjahr müssen hier im Ergebnishaushalt 3,54 Millionen Euro erwirtschaftet werden. Rechnen wir den durch eigene Baumaßnahmen erhöhten Vermögensumfang sowie die zu erbringenden Abschreibungs- und Betriebskosten des zukünftigen Kita-Projekts der "WABE" hinzu, werden sich diese Kosten unaufhaltsam in die Nähe von 5 Millionen Euro bewegen. Daher sehen es die Freien Wähler als ein Gebot der Stunde, wesentlich mehr Geld in den Erhalt des städtischen Immobilienbestandes zu investieren. Eine damit beabsichtigte Verhinderung teurer Sanierungsmaßnahmen ist angesichts explodierender Baukosten unsere Pflicht. In diesem Haushaltsplan stellen die Freien Wähler hingegen eine Reduzierung um ca. 500.000 Euro fest.

Wie bereits erwähnt reichen die zu erwartenden Haushaltsmittel für einen Ausgleich des Ergebnishaushalts dieses Jahres aus. Die angedeuteten Risiken bleiben jedoch bestehen. Im Finanzhaushalt treffen wir hingegen auf Probleme, die seit längerer Zeit bestehen, kurzfristig weder planbar noch umsetzbar sind und sich in ihrer Finanzierbarkeit stetig an der Grenze genehmigten Handelns bewegen. Die Stadt Oberndorf ist hier kein Einzelfall. Nach wissenschaftlichen Erhebungen nähert sich der Investitionsstau kommunaler Haushalte in der Bundesrepublik unaufhörlich in Richtung 200 Milliarden Euro. Die Statistik belegt eindeutig, dass angestrebtes Wachstum nur dann Sinn macht, wenn es deutlich über den Status einer Planung hinausgeht und wenigstens belastbare Aussichten auf eine nahe Realisierung erkennen lässt. Konkret übertragen auf Oberndorf: Der Gemeinderat ist gut beraten keine weiteren Investitionsmaßnahmen in den Haushalt aufzunehmen. Solange die ausufernde Sanierung des Gymnasiums und deren Turnhallen noch anhält, die Sanierung der Talstadt gerade erst begonnen hat und ein Kita-Neuba in Bochingen unmittelbar bevorsteht, machen weitere Projekte keinen Sinn. Wir überfordern damit nicht nur das Personal des Amtsbereichs Planen und Bauen, wir überfordern auch die städtischen Finanzen. Vor allen Dingen geht damit Vertrauen in städtisches Handeln verloren. Die Dringlichkeit mancher Projekte zwingen uns zwischenzeitlich sogar zu einer Kehrtwende kommunaler Projektfinanzierungen.

Zur Abwendung eines massiv entstandenen Defizits im Bereich der Kindertageseinrichtungen – es fehlen aktuell deutlich mehr als 100 Betreuungsplätze im Stadtgebiet – wurde erstmals der Bau und Betrieb einer großen Einrichtung in gemeinnützige Hände, dem Verein WABE gelegt. Hintergrund dieser Entscheidung ist der Umstand, dass der dringende Bedarf auf der östlichen, wie auf der westlichen Hochfläche des Neckars, weder planerisch noch finanziell zeitgleich geleistet werden kann. Dies bedeutet, dass der Bau, der Betrieb sowie die Personalverantwortung seit langer Zeit wieder durch Dritte übernommen werden. Finanztechnisch übernimmt die Stadt den Abmangel, die Betriebskosten und beteiligt sich an den Finanzierungs- und Personalkosten. Dies wird über den Ergebnishaushalt finanziert. Die Erweiterung der Kita in Bochingen wird hingegen eigenfinanziert. Diese Einrichtung bleibt damit in städtischem Eigentum. Beide Bauvorhaben bewegen sich angesichts der gestiegenen Baukosten in etwa auf gleich hohem Niveau. Die Laufzeiten der Finanzierung unterscheiden sich jedoch deutlich voneinander. In der Bewertung der Freien Wähler zeigen sich hier keine Alternativen. Eine zeitliche Schiebung würde die Bedarfslage weiter verschärfen. Prognosen, wonach die Baukosten in den kommenden Jahren sinken, sind ebenso ungewiss. Beide Projekte belasten den Gesamthaushalt dadurch massiv. In der mittelfristigen Finanzplanung – diese wird aktuell bis 2026 dargestellt – ergeben sich dadurch sowohl im Ergebnishaushalt als auch im Finanzhaushalt hohe Lasten für den Betrieb sowie im Kreditwesen. Zusammen mit den erwarteten hohen Forderungen durch den kommunalen Finanzausgleich droht der Stadt in 2024 und 2025 eine finanzielle Unterdeckung der Haushalte.

Im Finanzhaushalt rechnen wir erstmals mit einer Verschuldung in nicht unerheblicher Höhe. Konkrete Festlegungen scheitern regelmäßig am ungewissen Verlauf mehrjähriger Vorhaben. Gerade die zeitliche Streckung bzw. Verzögerung von Bauvorhaben bergen hier hohe Gefahren einer Verteuerung. Die Freien Wähler beantragen daher eine konkrete Befassung mit der mittelfristigen Finanzplanung. Die darin verborgenen finanziellen Unsicherheiten müssen außerhalb von

Haushaltsberatungen erörtert, konkretisiert und aktualisiert werden. Wir erhoffen uns dadurch einer unangenehmen Konsolidierung zuvorzukommen.

Sehr verehrte Damen und Herren,  
wenn ich zu Beginn meiner Ausführungen auf den Verzicht von Steuererhöhungen gesprochen habe, gilt dies für Leistungen des städtischen Eigenbetriebs der Wasserversorgung leider nicht. Mit einer Erhöhung des Wasserpreises auf 3,10 Euro pro Kubikmeter sind wir im Kreisgebiet mit wenigen anderen Kommunen an der Spitze anzutreffen. Damit werden jedoch keine Gewinne erzielt. Die Steigerungen entsprechen im Wesentlichen der Erhöhung der betrieblichen Aufwendungen. Den Freien Wählern ist in dieser Situation jedoch nachfolgender Hinweis wichtig: Wir reden bei 3 Euro und 10 Cent nicht über den Preis von 2 Liter Treibstoff oder 3 Liter Heizöl. Wir reden vom Verkauf von 1000 Liter eines hochwertigen Lebensmittels, welches hier vor Ort gewonnen, behandelt, gespeichert und den Haushalten zugeführt wird. Für uns eine Selbstverständlichkeit – andernorts ein Mangel und damit lebensbedrohlich. Eine Wasserversorgung in eigener Hand ist die beste Form der Daseinsvorsorge. Die Freien Wähler regen jedoch angesichts von 360.000 Euro jährlicher Energiekosten an, den hohen Strombedarf überwiegend durch Photovoltaikanlagen auf städtischen Flächen zu gewinnen.

Sehr verehrte Damen und Herren,  
die Freien Wähler stimmen den vorgelegten Haushaltsplänen für 2023 zu. Wir übernehmen damit auch Verantwortung für mögliche Abweichungen sowohl nach oben wie nach unten. Erlauben Sie mir noch aus gegebenem Anlass einen Zusatz: In Zeiten wo das Wort des Jahres – die Zeitenwende – bei der Beschreibung nahezu aller außergewöhnlichen Lebensumstände unserer Zeitgeschichte eine beliebige Verwendung findet, notwendige Feststellungen zur Ursache und Wirkung hingegen oftmals unterbleiben, möchte ich nachfolgend den Versuch wagen, die aktuelle Situation der Stadt Oberndorf wenigstens unter dem Begriff einer Ära einzuordnen. Der Gemeinderat der Stadt Oberndorf hat seit der Jahrtausendwende unter Vorsitz ihres Bürgermeister Hermann Acker mit hohem Mitteleinsatz von mehr als 1 Milliarde Euro die Geschicke dieser Stadt gelenkt, gestaltet und verwaltet. Bedeutende Entscheidungen wurden grundsätzlich mit breiter Zustimmung des Gremiums beschlossen, was mit demokratischen Wertmaßstäben gemessen im Wesentlichen dem Willen der Bürgerinnen und Bürger entspricht. Unter diesen Umständen hat sich unsere Kommune im infrastrukturellen Bereich und im baulichen Bestand vorbildlich entwickelt und hält den Vergleich mit weitaus größeren Kommunen jederzeit stand. Unsere Stadt ist allerdings damit auch "sehr teuer" geworden und aus Sicht der Freien Wähler an einer Wachstumsgrenze angelangt. Der Aphoristiker Helmut Glaß bringt die Auswirkungen ungezügelter Wachstums musterergütig auf den Punkt. Ich zitiere: "Unser Wachstum erfasst inzwischen alle Bereiche – sogar die Armut ist im Wachsen begriffen." Daran angelehnt sehen es die Freien Wähler dringend angezeigt in den kommenden Jahren sich primär dem Erhalt des städtischen Vermögens zu widmen und daher im Unterhaltungsbereich deutlich höhere Summen einzusetzen. Wenn die hohen Abschreibungsverpflichtungen des Bestands nicht mehr finanzierbar sind - ist ein angestrebter Zuwachs an Bestand mehr als schädlich.

Verehrte Damen und Herren,  
in diesem Jahr wird in unserer Stadt turnusgemäß ein neuer Bürgermeister bzw. eine neue Bürgermeisterin gewählt. Bei den zurückliegenden Wahlen in unserer Umgebung wurde häufig versucht das kommunalpolitische Profil der angetretenen Kandidaten bzw. Kandidatinnen mittels der Begrifflichkeiten des Verwaltens oder Gestaltens zu erkunden und anhand entgegengesetzter Schwerpunkte festzumachen. Die Freien Wähler sehen solche Unterscheidungskriterien für ein Stadtoberhaupt nicht angebracht, denn ein Kandidat /eine Kandidatin muss aus unserer Sicht beide Fähigkeiten in ausreichendem Maß einbringen und einsetzen. Das erfolgreiche Profil unserer Stadt erfordert auch zukünftig, sowohl eine stringente Erledigung von Pflichtaufgaben der kommunalen Selbstverwaltung, als auch einen angemessenen und zielgerichteten Mitteleinsatz im Bereich freiwilliger Leistungen. Beide Dinge machen unsere lebenswerte und lebenswerte Stadt aus. Die Freien Wähler werden auch zukünftig selbstbestimmt und eigenverantwortlich diesem Ideal nachgehen.